



Israelische Mauer bei Jerusalem: „Dieses System schürt Angst und Unsicherheit“

SEBASTIAN BOLESCH/DAS FOTOARCHIV

NAHOST

„Wir wissen nichts voneinander“

Im israelisch-palästinensischen Grenzland ist von einer neuen Friedenshoffnung nach Arafats Tod wenig zu spüren. Der israelische Sperrwall beherrscht den Alltag und hält die beiden Gesellschaften voneinander fern. Erstmals seit Beginn der zweiten Intifada fühlen sich die Israelis wieder sicherer.

Kalkilja, Westjordanland

Die Welt von Abu Salih, 77, wird immer kleiner. Jeden Tag sitzt der Alte mit seiner schwarz-weißen Kuffija auf dem Kopf bei Sonnenuntergang in seiner Gärtnerei. Die zum Verkauf bestimmten Oleander- und Olivenbäumchen stehen in geraden Reihen hinter ihm. Vor ihm, nicht einmal zehn Meter entfernt, ragt die Mauer der Israelis in die Höhe und wirft lange Schatten. Voll Bitterkeit starrt Abu Salih auf die farbigen Schriftzüge an der Betonwand und erinnert sich an das Land auf der anderen Seite, das er verloren hat.

Die Sperranlagen haben ihn und seine Heimatstadt Kalkilja inzwischen vollständig umzingelt. Erst wurden seine palästinensischen Landsleute von Kalkilja ausgeschlossen, dann wurden die Einwohner der Stadt eingeschlossen. Am Westrand ragt die Mauer acht Meter hoch. Im Norden und Süden Kalkiljas erstreckt sich die Sperranlage über einen bis zu 50 Meter

breiten Streifen aus Zäunen und Gräben. Ein einziger Zugang im Osten verbindet Kalkilja mit dem Rest des Westjordanlands.

„Ich fühle mich wie ein Vogel im Käfig“, sagt Abu Salih und stampft mit einem Holzstab auf die Erde vor seinem Plastikstuhl.

40 000 Menschen leben im Kessel von Kalkilja. 15 000 fuhren früher auf die Felder oder zum Straßenbau auf die israelische Seite. Ohne einen Passierschein für die Grenze sitzen sie heute tatenlos in der umzingelten Stadt oder fliehen auf der Suche nach einem Job. 640 Geschäfte haben bereits geschlossen, mehr als 6000 Bürger sind weggezogen.

Im Schatten des Trennwalls leben Palästinenser und Israelis den Alltag eines geteilten Landes. Hier, entlang der historischen grünen Grenze, wo israelische und palästinensische Städte zuweilen miteinander verwoben waren, wurden gewachsene Verbindungen zerstört. Von

neuer Friedenshoffnung, welche die Akteure auf der Diplomatenbühne nach Arafats Tod plötzlich zu beflügeln scheint, ist hier wenig zu entdecken. Da mag der ägyptische Präsident Husni Mubarak den israelischen Premier Ariel Scharon inzwischen als möglichen Friedensbringer betrachten, da mag Scharon palästinensische Gefangene entlassen oder Arafat-Nachfolger Mahmud Abbas ein Ende der Gewalt fordern, von der Vision der gedeihlichen Kooperation zweier unabhängiger Staaten ist entlang der Grenze nichts zu spüren.

Kfar Saba, Israel

Wenn Schosch Griffel, 72, aus dem Fenster ihrer blankgeputzten Küche im 11. Stock blickt, schaut sie genau auf die Mauer von Kalkilja. Was andere deprimiert, ist für die pensionierte Krankenschwester ein eher beruhigender Anblick: „Ich danke Gott, dass es diesen Wall gibt. Ich fühle mich jetzt sicherer.“



Bauer Suleiman



Hauptmann Sohar



Unternehmer Darwisch



Rentnerin Griffel

Nachbarn der Sperranlagen: „Eine Zukunft wollen wir haben“

Sechsmal waren palästinensische Terroristen nach Kfar Saba gekommen, das direkt an der Grenze zum besetzten Westjordanland liegt. Einmal schoss ein Attentäter mitten im Zentrum auf Passanten und tötete eine 18-jährige Schülerin. Ein anderes Mal sprengte sich ein Selbstmordattentäter am Bahnhof in die Luft.

Für Griffel waren das alles nur weitere Beweise dafür, dass niemand „den Arabern“ trauen kann: „In ihrem Haus heißen sie dich mit großer Geste willkommen, doch wehe, du drehst ihnen den Rücken zu.“ Die gebürtige Jerusalemerin sieht die Dinge so, obwohl ihre Familie 1936 bei den antijüdischen Unruhen in Palästina von

einem Araber gerettet worden war. Griffel ist Mitglied der friedensorientierten Arbeitspartei. Trotzdem will sie mit den Palästinensern nichts mehr zu tun haben, und viele Israelis denken wegen des Terrors heute genauso.

„Ich bekomme von den Palästinensern nichts mehr mit, ich ignoriere sie einfach“, bekennt die arbeitslose Marketing-Spezialistin Ofra Nachmias. Ihr Häuschen steht in einer ruhigen, baumbestandenen Straße im Herzen von Kfar Saba. Die Mutter von drei Kindern findet es dennoch unerträglich, „dass wir in den Palästinensergebieten eine Art Apartheidsystem geschaffen haben“. Und deswegen müsse der Sicher-

heitszaun eines Tages wieder weg, denn „langfristig kann daraus nur Hass wachsen“. Ihre Töchter gehen auf die demokratische Schule von Kfar Saba, die ein besonderes Programm für Toleranz und Verständigung verfolgt. Nachmias' Tochter Talian, 15, lernte aus Treffen mit arabischen Jugendlichen, dass sie sich zwar anders anziehen, aber letztendlich gar nicht so verschieden sind. Ihre Freundin Jarden Sneor, 14, sagt: „Wir leben fünf Minuten entfernt, und doch wissen wir nichts voneinander.“

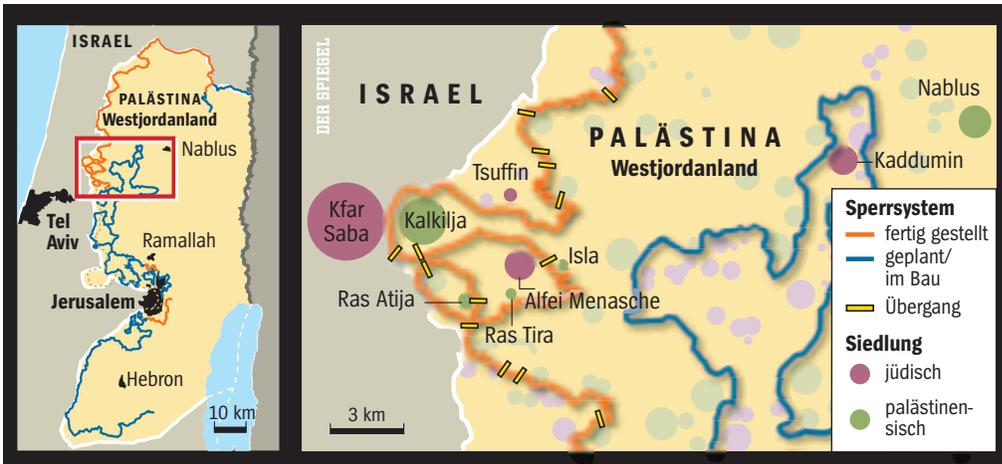
Schule von Ras Atija, direkt am Sperrwall, Westjordanland

Juden, die nicht in einer Uniform steckten, haben sie nie gesehen. Für Baraa Ratik, 15, und Nibal Marabi, 11, ist ein Israeli ein Soldat, der ihnen den Weg zur Schule versperrt, der ihre Schultaschen durchsucht, der ihr Leben in Zonen aufteilt, die sie betreten können, und solche, die ihnen verboten bleiben, der ihre Tage zerstückelt in einen Stundentakt, der ihnen unverständlich ist. Dass auch Juden Opfer gewesen sein können – in der Geschichte ebenso wie in der Gegenwart –, können sie sich nicht vorstellen. Keine Seite versteht die andere als Opfer. Jedem ist der andere ein Täter.

Die Mädchen leben in der geschlossenen Zone zwischen Kalkilja und Ras Atija, eingesperrt mitten im Westjordanland durch den Sperrwall, der sie trennt von ihren Freunden und der Schule auf der anderen Seite des Zauns. Nur 15 Prozent der israelischen Befestigungsanlagen laufen nach Uno-Angaben entlang der offiziellen grünen Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland – die restlichen 85 Prozent sind auf palästinensischem Gebiet errichtet. 400 Quadratkilometer liegen so auf einmal zwischen der neuen Grenze und Israel.

Die Schule ist schon seit einer Stunde aus, aber Baraa und Nibal können nicht nach Hause gehen. Dreimal am Tag ist die Passierstelle 36 bei Ras Atija geöffnet – für jeweils eine Stunde und 15 Minuten. Dreimal am Tag fahren die israelischen Soldaten an den Checkpoint und öffnen die Stahlstore zwischen den Gräben und Zäunen.

Die kurze Zeit, in denen sich der Sperrwall öffnet, zwingt die Mädchen in die Isolation: Ihre Freundinnen leben diesseits des Zauns, doch zum Spielen bleibt ihnen nicht lange. Um halb sechs am Nachmittag öffnet Tor 36 zum letzten Mal, danach können sie nicht mehr zu ihren Familien auf die andere Seite. Ob sie nicht wegziehen wollen, irgendwo anders hin, wo das Leben nicht durch Mauer und Stacheldraht verkompliziert wird? „Nein, wenn wir nicht mehr jeden Tag auf dem Weg zur Schule



durch dieses Tor gehen, dann schließen die Israelis es ganz.“

Kibbuz Ejal, Israel

Pinien, Palmen und Eukalyptusbäume säumen die Wege in der Gemeinschaftssiedlung. Eine friedliche Idylle im Grünen: Jede Familie hat ein Häuschen mit Garten; zwei Kibbuz-eigene Technikbetriebe, die Landwirtschaft und mehrere Kleinfirmen auf dem Gelände sorgen für Arbeit und Auskommen. Die Kibbuz-Kneipe „Koralle“, die nach dem Ausbruch der zweiten Intifada geschlossen hatte, soll bald wieder öffnen, und nächsten Sommer, so hofft Kibbuz-Sekretär Nimrod Siv, 54, werden die Besucher auch wieder in den Country-Club strömen mit seinem Swimmingpool und dem Abenteuerspielplatz.

„Der Zaun ist gut für uns“, sagt Siv. Er zeigt nach Süden auf die ungeliebte palästinensische Nachbarstadt Kalkilja. Die arabischen Häuser sind von der Kibbuz-Grenze gut zu sehen. Auch die Stimme des Muezzins, der die gläubigen Muslime zum Gebet ruft, ist deutlich zu hören.

„Schon vor der Intifada kamen sie von dort drüben und verwüsteten unsere Äcker“, klagt der Kibbuz-Manager. „Sie stahlen Bewässerungsschläuche, Saatgut und Früchte oder steckten die Felder in Brand. Die Übergriffe brachten uns großen wirtschaftlichen Schaden. Das ist jetzt vorbei.“ Für Siv ist das Sperrwerk auch für die Zukunft eine gute Idee: „Eine klare Trennung ist der beste Weg, ein neues Verhältnis mit den Palästinensern zu beginnen.“

Armeestützpunkt Tsuffin, Westjordanland

Hauptmann Sohar ist jung, freundlich und irritierend gutgelaunt. Der 28-Jährige hat einen in Israels Armee neuartigen Job: Mit seiner Einheit bewacht er den Sperrzaun zu den Palästinensergebieten, und zwar an seinem Herzstück in der von Juden wie Arabern dichtbesiedelten Küstenebene nordöstlich von Tel Aviv. Vorwiegend junge Soldatinnen schieben Dienst im Kontrollraum, wo alle Daten und Bilder der hochentwickelten Überwachungselektronik zusammenlaufen. Plötzlich ertönt ein Queen-Hit aus den achtziger Jahren: „Another one bites the dust, dum, dum.“ Der Rocksound dient hier nicht der Unterhaltung, er ist ein Alarmzeichen dafür, dass jemand oder etwas den Zaun berührt hat. Die feinen Sensoren schlagen beim kleinsten Kontakt an – das können palästinensische Schulkinder sein, die auf dem Heimweg Steine gegen das verhasste Bauwerk werfen, oder streunende Hunde, die der Absperrung zu nahe kommen.

Kritisch wurde die Lage dagegen, als sich vor einigen Monaten ein Selbstmordattentäter auf einem Fahrrad an einem der Übergänge in die Luft sprengte. Und als der drusische Scout des Hauptmanns kürzlich eine Paketbombe entdeckte, zehn Ki-

logramm schwer, die gerade noch rechtzeitig entschärft werden konnte.

Doch außer im Fall des Attentäters, der sich im Juli 2003 durch die Abwasserkanäle von Kalkilja unter der Mauer hindurchschlich, sieht die Regierung die Sperre von über 600 Kilometer Länge, von der bereits etwa 200 Kilometer fertig gestellt sind, als Erfolg: Durch die Anti-Terror-Barriere und die Militäreinsätze sei die Zahl der Anschlagopfer im geschützten Gebiet um 84 Prozent zurückgegangen.

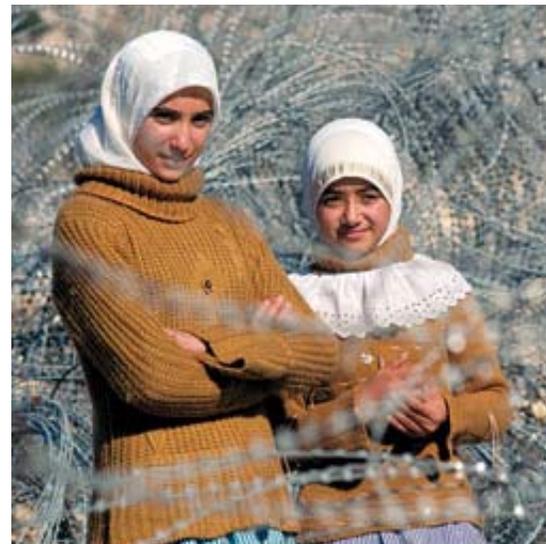
Das müsse doch auch für die Palästinenser gut sein, hoffen israelische Offizielle. Hauptmann Sohar kann sowieso nicht verstehen, warum sich die Palästinenser überhaupt beklagen: „Wir machen nur denen Schwierigkeiten, die sich mit dem Terror einlassen“, behauptet er. „Wir haben Tore eingerichtet, damit die Bauern auf ihre Felder können. Die Öffnungszeiten richten sich nach ihren Bedürfnissen.“

Auf die Frage, warum die Tore dann nicht ganztags geöffnet seien, sagt er knapp: „Dreimal am Tag, das reicht.“

Olivenplantage in der geschlossenen Zone bei Isla, gegenüber der Siedlung Alfei Menasche

Die Terrasse auf der Anhöhe zwischen dem palästinensischen Dorf Isla und der jüdischen Siedlung Alfei Menasche wird von beiden Seiten als Picknickplatz benutzt. Neben der Zisterne, eingerahmt von einem kleinen Steinmüerchen, sitzen dann die Familien zwischen Oleandersträuchern und Kakteen und schauen über das umkämpfte Tal unter sich. Seit Generationen komme seine Familie hierher, erzählt Osman Suleiman, 50, und breitet Feigen und frisches Fladenbrot mit Thymian auf dem Holztisch aus. Das Müerchen um den Platz hat sein Vater errichtet. „Die Siedler, die aus Alfei Menasche hierherkommen, wissen nichts von dem Land, das sie rauben“, sagt Suleiman, „sie kennen nicht die Geschichte der Bäume, die sie ausreißen für ihre Straßen.“

Suleiman steigt hinab ins Tal und zeigt auf ein winziges Stück Land, auf dem nur noch die Stümpfe abgeholzter Olivenbäume zu sehen sind. Es liegt zwischen einem



Palästinensische, israelische Schülerinnen: Anders

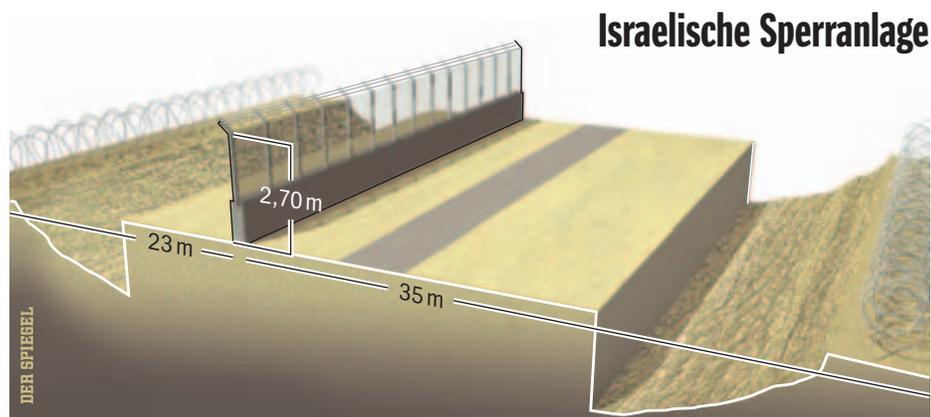
Rohbau für jüdische Siedler und einer Straße, auf der Caterpillar-Bagger weiter Erde abtragen. „Wo jetzt die Straße ist, das war mein Land“, sagt der Bauer. Während das Gericht noch seinen Fall verhandelte, erreichte ihn bereits der Bescheid über die Enteignung des nächsten Felds. „Den Prozess um den Acker, den sie zur Straße machen, habe ich gewonnen“, sagt Suleiman mit einem gequälten Lächeln, „aber als Entschädigung haben sie mir das Land angeboten, das sie gerade neu konfisziert haben.“

Siedlung Alfei Menasche, Westjordanland

Die Straße, die in die jüdische Siedlung führt, ist bequem und schnell, Palästinenser dürfen sie nicht befahren; dass sie gleichwohl Palästinensergebiet durchquert, ist nicht einfach zu erkennen.

Die Israelis, die in Alfei Menasche wohnen, haben das ohnehin längst verdrängt. „Wir sind doch nur zwei Kilometer hinter der Grenzlinie. Hier hat man nicht das Gefühl, in den Gebieten zu sein“, sagt die Siedlerin Roni Benjamini, 28. Durch den Trennzaun fühlen sie sich bestätigt: „Jetzt gehören wir eindeutig zu Israel.“

Tatsächlich sind Siedlungen wie Alfei Menasche schuld daran, dass der Zaun tief





SEBASTIAN BOLESCH / DMS FOTONACHWIS

AMIT SHABI / LAIF

angezogen, aber gar nicht so verschieden

ins Westjordanland schneidet. In einer großen Schleife führt die Barriere um die Siedlung herum – und trennt mehrere palästinensische Dörfer von ihrem Umland ab. Dabei hatte Alfei Menasche bereits einen eigenen Schutzzaun, der die Siedler auch bisher vor Anschlägen bewahrt hatte.

Für die Zukunft der Siedlung, die 1983 von der Regierung für pensionierte Offiziere und Geheimdienstler gegründet wurde, sieht Bürgermeister Chisdai Elieser, 49, keinerlei Probleme: „Selbst in den radikalsten Friedensplänen der Linken liegen wir immer auf der israelischen Seite. Wir werden niemals aufgelöst.“ Landgewinn war auch das Kalkül des damaligen Agrarministers Ariel Scharon, als er schon in den siebziger Jahren den Siedlungsbau im Westjordanland massiv vorantrieb.

Unter den Brückenköpfen nahe der grünen Grenze ist Alfei Menasche geradezu ein Schmuckstück: Es gibt großzügige Wohnhäuser, vom Hang aus genießen die Siedler einen grandiosen Blick auf die Skyline von Tel Aviv; sie haben sich ein Schwimmbad gebaut, außerdem Sporthallen, einen Tanzclub, Studios für Malerei und Bildhauerei. Israelis, die hierher zogen, suchten „Lebensqualität“, sie sind keine ideologischen Kampfsiedler. Etliche wählen sogar linksliberal.

Elieser, ein ehemaliger Oberstleutnant der Fallschirmjäger, ist dagegen ein Likud-Mann, und zwar einer derjenigen, die wegen der Abzugspläne aus dem Gaza-Streifen glauben, Ariel Scharon müsse verrückt geworden sein. Erst wenn die Palästinenser jeglicher Gewalt abschwören würden, wäre auch der Siedlerchef möglicherweise bereit, „in kleinen Schritten“ Gebiete zu räumen. Eigentlich, behauptet Elieser, habe er nichts gegen die Palästinenser. Im Gegenteil, er pflege „ausgezeichnete Beziehungen“ zu ihnen. „Sie arbeiten bei uns, wir helfen ihnen bei Problemen. Sogar die Abwasserrohre habe ich dicker gekauft und

so verlegen lassen, damit sich auch Kalkilja anschließen kann.“

Im Haus des Siedlerchefs arbeiten Palästinenser ebenso wie im Neubaugebiet „Morgentau“, wo sich Alfei Menasche kräftig ausbreitet. „Es behagt mir nicht, Häuser für die Siedler zu bauen“, gesteht der 18-jährige Anas aus dem Palästinenserdorf Ras Tira, „doch was bleibt mir übrig?“ Er zittert im kalten Ostwind, vielleicht aber auch aus Angst, er könne seine Arbeitsgenehmigung verlieren.

Israelisches Verwaltungsamt Kaddumin, Westjordanland

Alle seine Fertigkeiten hat Raslan, 48, von Israelis gelernt. Er weiß, wie Häuser und Dächer zu pflegen, wie Schindel- oder Flachdächer zu legen sind, wie ein Leck zu schließen ist, ob mit Gips, mit Wellblech oder mit Pappe. Acht Jahre lang pendelte der Palästinenser von Tulkarm nach Kfar Saba zur Arbeit auf den Dächern der Häuser jüdischer Familien. Mit seinen Arbeitgebern und deren Kindern hat er Hebräisch gesprochen.

Doch jetzt hockt Raslan auf einem blauen Holzbänkchen unter einem Wellblechdach vor den Schaltern der israelischen Behörde in Kadummin und muss um eine Arbeitsgenehmigung betteln. Im Westjordanland gibt es für Handwerker wie Raslan kaum Aufträge, die Wirtschaft schrumpft – und so sitzt Raslan alle drei Monate hier und lässt sich von den Soldaten hinter den Glasfenstern der Schalter anschreien.

Mal wird er abgewiesen, mal erhält er eine Verlängerung seiner Arbeitserlaubnis. Doch häufig genug kann er trotz einer korrekten Bescheinigung die Grenze nicht passieren. Jede Familie mit Ländereien jenseits der Zäune habe Anspruch auf einen Ausweis zum Passieren der Sperranlage, hieß es zunächst. Dann wurden die Papiere nur noch auf die Besitzer der Grundstücke ausgestellt, nicht mehr auf deren

Söhne. Jugendliche stehen unter Generalverdacht, Terroristen zu sein.

„Dieses System schürt Angst und Unsicherheit“, sagt Raslan, „niemand stellt Arbeiter an, weil sie am Checkpoint immer wieder abgewiesen werden.“

Autobahnbrücke Midhal Sawija, Westjordanland

Zitternd und frierend steht Fauda Kaumija, 33, nachts unterhalb der Autobahn und reibt sich die Handgelenke. Stundenlang hatten ihn israelische Polizisten festgehalten, dann hatten sie seine Fesseln gelöst und ihn mitten im Nirgendwo ausgesetzt ohne Pass. Er solle am Straßenrand warten, hatten sie gesagt. Das ist drei Stunden her, und Kaumija sitzt noch immer hier in seinem dünnen T-Shirt.

Seit 13 Jahren reist Fauda Kaumija illegal nach Israel, um seine Familie zu ernähren. Einen ganzen Tag ist er unterwegs von Dschenin bis nach Jaffa bei Tel Aviv, wo er in einem Gemüsegroßmarkt arbeitet. „Es ist die einzige Arbeit, die ich finden konnte“, erzählt er. Im obersten Fach eines Holzregals voller Lebensmittel übernachtet Kaumija, gemeinsam mit etwa 13 anderen Illegalen. „Es ist furchtbar dort, überall gibt es Kakerlaken.“

Heute Morgen haben ihn die Polizisten erwischt. Den Namen seines Arbeitgebers hat er nicht verraten. Tausende palästinensische Gastarbeiter wechseln immer noch nachts über die grüne Grenze nach Israel. Ein unabhängiger Staat der Palästinenser kann für sie nur eine vorläufige Erfüllung ihrer Träume sein. Insgeheim hoffen viele auf einen gemeinsamen Staat mit den Israelis, in dem alle die gleichen Rechte haben und der ihnen das Überleben sichern könnte.

Unter der Autobahnunterführung leuchten die Scheinwerfer des Polizeiwagens auf – Kaumija springt auf, die Beamten bringen ihm seinen Pass zurück. Viel Zeit ist nicht. Er will noch im Dunkel der Nacht wieder los, zurück in sein Schlafregal, rechtzeitig, damit er morgen früh um fünf wieder pünktlich den Laden seines israelischen Arbeitgebers aufschließen kann.

Stadtrand von Kfar Saba, Israel

Direkt an der Autobahn 6, die neben der Mauer von Kalkilja entlangführt, ragt eine stillgelegte Mülldeponie aus dem Boden. Auf diesen Hügel kletterten im Juli etwa tausend Israelis, setzten Megafone an den Mund und riefen zur anderen Seite hinüber. Dort hatten sich in einer muslimischen Mädchenschule direkt an der Mauer Palästinenser versammelt, die sich mit Israel verständigen wollten.

„Die Interessen beider Seiten sind dichter verwoben, als die meisten das wahrhaben wollen“, sagt Israel Milo, 58, einer der Initiatoren der ungewöhnlichen Friedensdemonstration. Seit zehn Jahren schon bemüht sich der frühere Vize-Bürgermeis-

ter der linken Merez-Partei um Partnerschaft mit Kalkilja. 1996 gründete er den Verein „Gute Nachbarn“. Milo und seine Mitstreiter entwickelten viele gemeinsame Projekte für Palästinenser wie Israelis. Umweltschutzaufgaben gehörten dazu, aber auch ein Ärztedienst für beide Seiten. Doch erst fehlte das Geld, dann kam die zweite Intifada, und so blieb es meist bei den schönen Plänen. Nun, im neuen Tawetter nach Arafats Tod, ist Milo schon wieder optimistisch. Auch der Bürgermeister von Kfar Saba sagt, er befürworte „jede Initiative, die unsere beiden Städte zusammenbringt“.

Bevor der Sperrzaun errichtet wurde, hatten sich etliche Wirtschaftskooperationen etabliert: Vor allem die niedrigeren palästinensischen Löhne lockten israelische Unternehmer. Doch die Mauer hat alles komplizierter gemacht. Etwa für Kfar Sabas Unterwäscheproduzenten Gibor Sabrina. Immer wieder stockt der Transport zwischen beiden Seiten: „Inzwischen ist es einfacher für uns, mit Jordanien zusammenzuarbeiten als mit unserer palästinensischen Nachbarstadt“, sagt der Personalchef Awi Barak.

Textilfabrik in Kalkilja, Westjordanland

Ein Palästina ohne Beziehungen mit dem israelischen Nachbarn kann sich Darwisch Said Darwisch nicht vorstellen. Geschäfte will der gutgelaunte Unternehmer machen, Arbeitsplätze schaffen, seine Angestellten und deren Familien ernähren. Auf die arabischen Nachbarstaaten oder die politische Elite der Palästinenser kann er sich nicht verlassen. „Eine Zukunft wollen wir haben“, sagt er und streicht dabei über den Gummizug einer rosafarbenen Damenunterhose, „ohne die Hilfe meiner jüdischen Partner aus Kfar Saba wäre ich aufgeschmissen.“ Der aktuellen Aufbruchstimmung misstraut er ebenso wie dem eingeübten Pessimismus. „Die Mauer wird nicht mehr verschwinden“, sagt Darwisch, „aber sie wird uns nicht daran hindern, miteinander Handel zu treiben.“

200 000 Stück Unterwäsche produziert Darwisch für die Firma Gibor Sabrina auf der anderen Seite des Zauns. Seine israelischen Partner haben ihm die Nähmaschinen finanziert, und Woche für Woche haben sie ihn geschult. Doch seit die Mauer Kalkilja und Kfar Saba getrennt hat, kann Darwisch nicht mehr an Besprechungen teilnehmen. Damit der Palästinenser den Anschluss an die Produktion dennoch nicht verliert, schicken die Unternehmer aus Israel nun Videos, auf denen er sich die Schnitt-Technik anschauen kann. „Ich weiß, dass diese Juden mich ehrlich schätzen und mögen“, sagt Darwisch, „meine Söhne sollen auch Hebräisch lernen und weiter diese Verbindung pflegen. Nur darin liegt die Zukunft.“

CAROLIN EMCKE, ANNETTE GROSSBONGARDT



Autobahnbau in Kroatien: „Entscheidung auf politischer Ebene“

BALKAN

Paradies für Investoren

Mit Rückendeckung Washingtons sichern sich US-Konzerne lukrative Industrieobjekte – nicht immer nach den Regeln des freien Wettbewerbs.

Es war fürwahr ein tolles Kompliment, das John Surma an Belgrad sandte. Die Regierung von Premier Vojislav Koštunica sei „offen und kooperativ“, lobte Surma, Serbien ein „guter Platz für Geschäfte“.

Einen besseren Lobbyisten für ihre marode Wirtschaft können sich die Serben kaum denken: Schließlich ist der Mann nicht irgendein Wirtschaftsboss, sondern Chef von U. S. Steel, mit einem Jahresumsatz von rund 9,5 Milliarden Dollar einer der mächtigsten Stahlgiganten der Welt.

Serbien also ein Paradies für Investoren? Ausgerechnet der ewige Unruhestifter vom Balkan, das Land, in dem der damalige Premier Zoran Djindjić von einer kriminellen Bande hinterrücks erschossen wurde, nur weil er angekündigt hatte, mit dem Haager Kriegsverbrecher-Tribunal zusammenzuarbeiten?

U. S. Steel jedenfalls hat Gefallen gefunden an den Geschäften mit Belgrad. Um auch anderen amerikanischen Firmen das Balkangeschäft schmackhaft zu machen, startete der Stahlkonzern jüngst eine ungewöhnliche Promotiontour. In New York, Cleveland und Chicago priesen Topmanager vor Vertretern zahlreicher US-Unternehmen die Vorzüge des serbischen Standortes. Die Arbeitskräfte? Bestens ausgebildet. Die Lage? Geografisch hervorragend.

Was Surma nicht erwähnt – was aber wohl weitaus schwerer wiegt als alle anderen Investitionskriterien –, ist Belgrads Bereitschaft, stets die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Denn die Regierung Koštunica, so scheint es, ist geneigt, amerikanischen Firmen in geschäftlichen Dingen den Vorzug zu geben. Schon jetzt sind die Amerikaner der größte Investor an der Save. So kaufte allein der Tabakriese Philip Morris für über 430 Millionen Euro den serbischen Tabakkonzern DIN. Im Fall des Stahlwerks Sartid erwiesen sich serbische Behörden als derart kooperativ, dass inzwischen die Belgrader Staatsanwaltschaft ermittelt.

Der Zuschlag für das Sahnstück der serbischen Schwerindustrie ging trotz anderslautender Absichtserklärungen gegenüber deutschen Investoren an die U. S. Steel Corporation – für lumpige 23 Millionen Dollar, ein ausgesprochener Schnäppchenpreis. Sofort machten Korruptionsgerichte die Runde, und sie wollen partout nicht verstummen.

Der ermordete Serbenpremier Djindjić, heißt es in Diplomatenkreisen, sei noch zu Lebzeiten nahezu wöchentlich vom damaligen US-Botschafter William Montgomery einbestellt worden, um den Deal abzuschließen. „Die Entscheidung ist eindeutig auf politischer Ebene gefallen, unter Druck Washingtons“, urteilt der Wirtschaftsanalytiker Nebojša Medojević, Direktor des Zentrums für Wandel im montenegrinischen Podgorica.

Auch Deutsche beteiligen sich an der Belgrad-Schelte: Berlins Botschafter Kurt Leonberger warnte die serbische Regierung vor einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. Lukrative Investitionsobjekte, ließ der Diplomat in ungewöhnlicher Schärfe durchblicken, gingen offenbar aufgrund einer politischen Strategie an die USA.

Vor allem die europäische Konkurrenz hat bei dem großen Gemauschel das Nachsehen. Geprellt fühlt sich neben dem Thys-